

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
fraktion-buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de

Leverkusen, den 19.10.2012

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien sowie die des Rates:

Die Fachverwaltung erarbeitet bis zum Frühjahr ein Handlungs- und Finanzierungskonzept, das darstellt, wie die Stadt Leverkusen der deutlich zunehmenden sozialen Spaltung mit ihren Möglichkeiten - Kitas, Schulen, Jugendhäusern, etc. - begegnen kann.

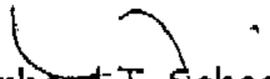
Begründung:

Das zunehmende Auseinanderklaffen sozialer Schichtungen in unserer Bevölkerung ist so augenscheinlich, dass es auch unsere Stadt sich überlegen muss, mit welchen eigenen Mitteln, die weitgehend auch von ihr zu finanzieren sind, sie hier gegensteuern kann.
Siehe hierzu auch Anlage !

Sonja Schmitz

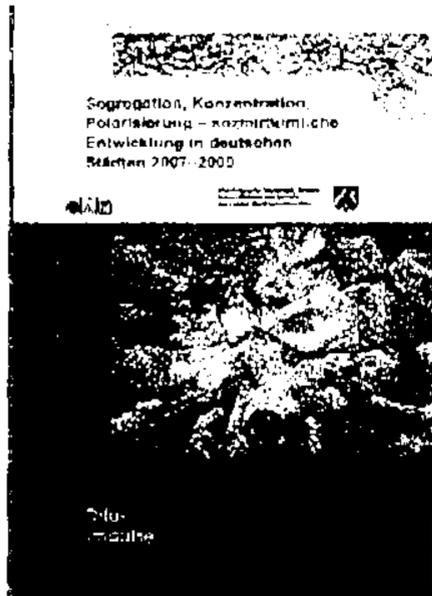
Inge Treger

i. A.


(Erhard T. Schoofs)

Die soziale Spaltung in deutschen Großstädten nimmt zu

Die Arbeitslosigkeit ist rückläufig, die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt zu



Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialwiss.
Antje Seidel-Schulze
Telefon 030/39001-198
E-Mail: seidel-schulze@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in deutschen Städten insgesamt rückläufig, die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich – Segregation – nimmt jedoch zu. Insbesondere die Kinderarmut konzentriert sich zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Eine Verdrängung der von Armut betroffenen Haushalte mit Kindern in die Großwohnsiedlungen am Stadtrand ist mittlerweile nachweisbar. Städte im Süden Deutschlands sind davon weniger betroffen als Städte im Norden, Westen und Osten.

Diese alarmierende Entwicklung wird aus einem Städtevergleich deutlich, den das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit Prof. Dr. Hartmut Häußermann (früher im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWF/BWV) des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat. In einem Kooperationsprojekt mit den nachfolgenden 19 deutschen Großstädten wurde die Entwicklung der Jahre 2007 und 2009 miteinander verglichen: Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Halle, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Koblenz, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Oberhausen, Saarbrücken und Stuttgart.

Untersucht wurde die Situation der Arbeitslosigkeit, der Kinderarmut und des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Hinblick auf eine Ungleichverteilung innerhalb einer Stadt. Dazu wurden verschiedene Indikatoren berechnet, die Aussagen über Segregations-, Konzentrations- und Polarisierungstendenzen ermöglichen.

Ungleichverteilung mit unterschiedlichem Ausmaß

Die Ungleichverteilung lässt sich in den untersuchten Städten in unterschiedlichem Ausmaß nachweisen: am wenigsten in Frankfurt/Main, München, Stuttgart, Karlsruhe sowie Oberhausen und Mainz. Im Mittelfeld liegen Düsseldorf, Heidelberg, Koblenz, Mannheim, Nürnberg und Saarbrücken.

Am stärksten konnte die Ungleichverteilung in Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Halle, Köln und Leipzig beobachtet werden.

In fast allen Städten gibt es Stadtteile, in denen die Kinderarmut entgegen der allgemeinen Entwicklung noch weiter ansteigt. Diese Stadtteile liegen meist am Stadtrand und sind durch eine Bebauung mit Großwohnsiedlungen oder Gebäuden der 1950er- oder 1960er-Jahre gekennzeichnet. Zu vermuten ist, dass sich Aufwertungsprozesse derzeit innerstädtisch vollziehen und zu dieser Entwicklung beitragen. Während Ungleichverteilung und Spaltung im Zusammenhang mit Kinderarmut teilweise weiter ansteigen, konnten im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oft Angleichungen der einzelnen Stadtteile festgestellt werden.

Handlungsbedarf besteht in mehrfacher Hinsicht

Für die Politik ergibt sich daraus Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht. Es ist notwendig, diese Entwicklungen künftig laufend zu beobachten, mögliche Negativeentwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Gebiete, in denen der Anteil benachteiligter Menschen konstant hoch ist bzw. weiter steigt, benötigen eine dauerhafte Förderung – nicht zuletzt erbringen diese Integrationsleistungen für die Gesamtstadt. Die Programme der Städtebauförderung, insbesondere „Soziale Stadt“ haben vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung. Es ist aber auch wichtig, den Blick für die Gesamtstadt zu stärken: Soziale, demographische und wirtschaftliche Entwicklungen sind eng miteinander verknüpft und im Sinne einer solidarischen Politik und eines friedlichen Miteinanders für die Gesamtstadt zu steuern. Zentraler Bestandteil hierbei ist die Wohnungspolitik. Bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, ist eines der wichtigsten Instrumente, um der Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken.



Foto: Wolf-Christian Strauss